

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Erika Romberg (GRÜNE/GAL)

Betr.: Atombrennstoff-Transporte durch den Hamburger Hafen

Bezug: Staatliche Pressestelle am 30. Oktober 1987

Die Staatliche Pressestelle meldete in ihrer Veröffentlichung vom 30. Oktober 1987, daß der Senat einer Vereinbarung zwischen Schweden und dem Bundesumweltministerium zugestimmt habe, nach der die Verantwortlichkeiten für den Schutz von grenzüberschreitenden Atom-Transporten mit Seeschiffen bestimmt worden seien.

Deshalb frage ich den Senat:

1. Welche Untersuchungen und welche Gründe haben den Senat veranlaßt, dieser Vereinbarung zuzustimmen?
2. Um welche Atommaterialien handelt es sich dabei (bitte Verarbeitungsprodukt wie Uranhexafluorid, MOX-Brennelemente, Abbrand von MOX-Brennelementen, Wiederaufarbeitungsprodukte wie Plutonium usw. angeben)? Wie lange und in welchen Mengen werden maximal welche Atommaterialien im Hamburger Hafen lagern?
3. Wieviel Kilogramm Uranhexafluorid und wieviel Kilogramm radioaktiver Abbrand konventioneller Brennelemente und wieviel Kilogramm Abbrand von höher angereicherten Brennelementen (z. B. von Mischoxid-Plutonium-[MOX-]Brennelementen) lagerten 1986 und 1987 im Hamburger Hafen und im Hamburger Stadtgebiet?
4. Mit wie vielen Transporten unter deutscher und schwedischer Flagge und mit welchen Jahresmengen der in Frage 2 angesprochenen Atommaterialien wird von wem (Bundesumweltministerium, Atomwirtschaft, Statens Kärnkraftinspektion, Senat) gerechnet?
5. Durch welche konkreten Vereinbarungen und Abstimmungen wird der Schutz der Bevölkerung vor Atommüll-Unfällen mit Verlust der Atommaterialien in See- und Grundwasser, vor welchen Arten von Mißbrauch und vor Diebstahl tatsächlich verbessert?
6. Welche anderen Vereinbarungen und welche weiteren Verhandlungen mit welchem Ziel und mit wem gibt es über Atomtransporte durch die Stadt sowie durch den Hafen Hamburgs? Um welche Atommaterialien und um welche jeweiligen Jahresmengen geht es hierbei?
7. Welche Aufgaben ergeben sich für wen aus diesen Vereinbarungen? Wie hoch ist schätzungsweise der finanzielle Einsatz der verschiedenen Seiten?

17. 11. 87

Antwort des Senats

Die genannte Vereinbarung enthält die Benennung und gegenseitige Bekanntgabe der Stellen, die für Maßnahmen zur Gewährleistung des nach der jeweiligen nationalen Gesetzgebung erforderlichen Schutzes bei grenzüberschreitenden Kernbrennstoff-Transporten mit Seeschiffen zuständig sind.

Weiter wird vereinbart, daß die für die Transportgenehmigung zuständigen Behörden beider Staaten den Genehmigungsinhaber verpflichten, die zuständigen Behörden des anderen Staates rechtzeitig vor Einfahrt in die Küstengewässer sowie über unvorhergesehene Vor- und Zwischenfälle — dann auch über die Bewegungen des Schiffes — zu unterrichten.

Für unvorhergesehene Vor- und Zwischenfälle wird die zuständige Behörde verpflichtet, die notwendigen Maßnahmen für eine Verstärkung des Schutzes des Schiffes und seiner Ladung zu ergreifen.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu 1.:

Die Vereinbarung dient der gegenseitigen Information über Zuständigkeiten und die nach der jeweiligen Gesetzgebung zu treffenden Maßnahmen zwischen den beteiligten Staaten.

Weil in der Vereinbarung auch Zuständigkeiten der Bundesländer angesprochen werden (Entgegennahme von Meldungen, Schutzmaßnahmen der Polizei), erfolgte eine Abstimmung mit den Ländern.

Zu 2. bis 4.:

Die Vereinbarung gilt für alle Kernbrennstoff-Transporte zwischen beiden Staaten mit Seeschiffen, die berechtigt sind, die schwedische oder deutsche Flagge zu führen. Eine Differenzierung nach einzelnen Stoffen erfolgt in der Vereinbarung nicht.

Hinsichtlich der statistischen Angaben wird auf die Antwort des Senats zu den Fragen VI. 1 bis 9 der Großen Anfrage betr. Verantwortlichkeit des Senats für die HEW-Politik und für die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Brokdorf — Drucksache 11/6264 — verwiesen.

Zu 5. und 6.:

Andere Vereinbarungen und Abstimmungen dieser Art sind dem Senat nicht bekannt.

Zu 7.:

Zusätzliche Kosten sind mit der Vereinbarung nicht verbunden. Im übrigen wird auf die Vorbemerkung und die Antwort zur Frage 1 verwiesen.